

Beschluss

Würdevoll alt werden: Pflege

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Ziel grüner Politik ist es, die Gesundheit und Selbstständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu
2 erhalten. Die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür entstehen im Quartier, in der Kommune. Für ein
3 gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein gutes Wohnumfeld, die gute Erreichbarkeit von
4 Arztpraxis, Apotheke, Bank und Geschäften. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen
5 sind ein barrierefreier Öffentlichen Personennahverkehr und der barrierefreie Zugang zu sozialen und
6 kulturellen Angeboten entscheidend.

7 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen wünscht sich, in den vertrauten vier Wänden bis zum
8 Lebensende wohnen zu bleiben. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Organisation von Pflege, sondern
9 vor allem auch auf die Planung und Gestaltung des Wohnumfeldes. Wir brauchen neue Wohnformen. Wir
10 wollen den Genossenschaftsbau stärker fördern und prüfen, wie und für wen Wohngemeinschaften eine
11 echte Alternative zu den eigenen vier Wänden oder der stationären Pflegeeinrichtung sein können. Dabei
12 wollen wir die Kommunen unterstützen, dafür passende Bauplanungen aufzulegen. Außerdem wollen wir
13 den barrierefreien sozialen Wohnungsbau entschlossener fördern. Unser Ziel ist, gute Rahmenbedingungen
14 für lebenswerte Orte für Zu-Pflegende und Pflegende zu schaffen.

15 **Neue Wege in der Pflege**

16 In Brandenburg gibt es überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen (im Bundesdurchschnitt sind
17 es 3,5 Prozent, in Brandenburg 4,5 Prozent). Durch den demographischen Wandel werden zukünftig noch
18 mehr alte und sehr alte Menschen hier leben. Gleichzeitig gibt es immer weniger junge Leute und eine
19 zurückgehende Zahl an Pflegekräften. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird immer weniger
20 Pflegepersonal immer mehr Pflegebedürftigen gegenüber stehen. Schon heute ist es in vielen Regionen
21 schwierig, einen ambulanten Pflegedienst zu finden. Der Pflegenotstand ist bereits Realität.

22 Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Wir stehen für eine würdevolle Pflege, die begleitet und
23 unterstützt. Die Anforderungen an Pflege und Unterstützung steigen, da die Zielgruppen vielschichtiger
24 werden. Menschen mit einer Demenz, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, mit
25 verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und Bedürfnisse müssen auch im Alter
26 berücksichtigt werden. Alte Menschen wollen selbst entscheiden, wie und mit wem sie leben und wie sie
27 gepflegt werden. Ambulante Pflegeangebote, zukunftsweisende Wohnformen und solidarische
28 Nachbarschaften entsprechen zeitgemäßer Pflege. Alle diese Initiativen werden wir unterstützen.
29 Insbesondere wollen wir die „Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ) stärken, die sich um den
30 Aufbau eines guten Pflegeumfeldes vor Ort kümmert. Pflegestützpunkte und Pflegenetzwerke wollen wir
31 ausbauen.

32 **Mehr Nachwuchs, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen**

33 Die pflegerische Arbeit ist sehr erfüllend, aber auch belastend: Die Arbeit ist körperlich und seelisch
34 anstrengend, die Bezahlung schlecht. Zwischen 80 und 85 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der

35 Krankenstand ist weit über dem Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Verweildauer im Beruf liegt
36 bundesweit nur bei 8,4 Jahren. Der gewerkschaftliche und berufspolitische Organisationsgrad ist niedrig,
37 die Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind schlecht. In der Pflege gibt es weiterhin einen
38 unterschiedlichen Mindestlohn in West- und Ostdeutschland (10,55 Euro versus 10,05 Euro), die
39 Teilzeitquote liegt zwischen 53 Prozent und 75 Prozent. Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.
40 Wir wollen die Attraktivität des Berufs steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in
41 der Pflege deutlich verbessern. Darüberhinaus wollen wir eine breit angelegte Imagekampagne im Land
42 Brandenburg, um die Attraktivität der pflegerischen Tätigkeit wieder in den Vordergrund zu rücken. Für den
43 Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen,
44 werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den
45 professionell Pflegenden ermöglicht, über Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen
46 ihres Berufs, die Einhaltung der Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen.
47 Weiterhin setzen wir uns für eine vollständige Kostenfreiheit in der Ausbildung und eine angemessene
48 Ausbildungsvergütung ein. Von Landesseite wollen wir die Ausbildung in der Altenpflege besonders
49 fördern, um auch hier genügend Nachwuchs zu sichern. Das Angebot einer
50 akademischen Pflegeausbildung wollen wir ausweiten.

51 Wir möchten, dass die Pflegekräfte in Zukunft ein Stimmrecht bei der Planung und Verzahnung von
52 sektorenübergreifenden Versorgungsfragen erhalten.

53 **Mehr Mitsprache für Pflegebedürftige**

54 Wir wollen auch im Pflegebereich mehr Demokratie. Die Bewohner*innen in Heimen und ihre
55 Interessenvertretung – die Heimbeiräte – müssen ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung des
56 Alltags und bei Veränderungen des Angebots erhalten.

57 **Maßnahmen gegen Abrechnungsbetrug**

58 Die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug ambulanter Pflegedienste in Brandenburg und Berlin sorgen für
59 viel Verunsicherung. Um den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine größtmögliche
60 Sicherheit gewährleisten zu können, wollen wir das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste
61 weiterentwickeln. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegestärkungsgesetz III zwar Maßnahmen gegen
62 den Abrechnungsbetrug ergriffen. Es wurden aber hauptsächlich nur die Möglichkeiten für Pflegekassen
63 erweitert, gegen Betrugsfälle vorzugehen. Es fehlt hingegen weiterhin die Beteiligung der Sozialhilfeträger,
64 die über die Hilfe zur Pflege einen großen Teil der Kosten für Pflege in Deutschland tragen. Wir wollen im
65 Land Brandenburg durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Prüfsysteme für ambulante
66 Pflegedienste einführen, die dem Betrug entgegen wirken.

67 **Lebensende in Würde**

68 Zu einer guten Pflege gehört es auch, den Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir
69 streben an, über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hospizliche Leistungen in
70 stationären Pflegeeinrichtungen auszubauen.

71 Ein Großteil der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege wird bundesgesetzlich geregelt. Wir
72 wollen eine umfassende Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit analog zur
73 Elternzeit, sowie eine Dynamisierung der Leistungen der Pflegeversicherung: Das Geld, das es für die
74 Pflegegrade gibt, soll jährlich aufgrund der zunehmenden Kosten steigen. Dabei soll insbesondere die
75 Bezahlung der Beschäftigten berücksichtigt werden. Die Pflegeversicherung würde mehr zahlen und die
76 Zuzahlungen der Pflegebedürftigen zu den Heimkosten würden weniger stark steigen. Darüber hinaus
77 streiten wir für eine steuerfinanzierte, auskömmliche Garantierente und ein einheitliches Rentenrecht in
78 Ost und West. Wir fordern verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege ein, damit klar
79 geregelt wird, wie viele Patient*innen eine Pflegekraft maximal gut betreuen kann. Auszubildende dürfen
80 dabei nicht eingerechnet werden.